

Grußwort des Senators für Inneres und Sport Dr. Ehrhart Körting  
im Rahmen des **24. Ordentlichen Bundeskongresses der  
GdP** am 24.11.2010

### **Es gilt das gesprochene Wort!!**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,  
sehr geehrter Herr Freiberg,  
sehr geehrter Herr Witthaut,  
meine sehr verehrten Damen und  
Herren,

ich begrüße Sie im Namen des  
Berliner Senats und bedanke mich für  
die Einladung zu diesem  
Bundeskongress.

Wie Sie alle wissen, hat sich die  
Sicherheitslage in Deutschland in den  
letzten Tagen deutlich verschärft; die  
Bedrohung durch den internationalen  
Terrorismus ist realer denn je.

Wir werden uns wohl damit abfinden  
müssen - und das auch *offen sagen* -  
dass diese oder ähnliche  
Bedrohungslagen ernstzunehmende  
Realität sind und uns immer wieder  
begleiten werden.

Wir leben heute im Bewusstsein solcher Gefahrenpotenziale und müssen davon ausgehen, dass uns diese auch zukünftig vor neue Herausforderungen stellen werden.

Vor allem die Frage, wie *lange* wir notwendige Schutzmaßnahmen werden aufrechterhalten können, bewegt die dafür Verantwortlichen und natürlich auch Sie, die die berechtigten Interessen der hierfür eingesetzten Kräfte wahrnehmen.

Gerade ein freiheitliches Land wie Deutschland, muss sich den Fragen nach *Art* und *Umfang* notwendiger Schutzmaßnahmen in besonderer Weise stellen.

Dabei ist *Augenmaß* angesagt, denn Terroristen fühlen sich in ihrem Tun gerade dann bestätigt, wenn wir bei jeder Drohung oder jedem Anschlagsszenario reflexartig mit der Forderung nach neuen *Gesetzen*, *Instrumenten* oder *personeller Aufstockung* der Behörden reagieren.

Jetzt ist nicht die Stunde des Rufs nach *Neuem*, jetzt gilt es, die *vorhandenen* Regelungen zu nutzen und alle Kräfte zu mobilisieren.

Die deutsche Sicherheitsarchitektur ist *tragfähig* und in hohem Maße professionell; die vorhandenen Ressourcen sind *ausreichend*, um auch besondere Belastungen über einen längeren Zeitraum zu bewältigen.

Die Frage ist nur, wie lange wird das sein, was *können* und *wollen* wir durchhalten: sicher ist dies nicht unbegrenzt möglich, um diese Frage gleich zu beantworten.

Was unsere Kapazitäten im Bevölkerungsschutz angeht: es ist notwendig, *angemessene* Ressourcen vorzuhalten und diese *effizient* einzusetzen. Das tun wir in Deutschland seit jeher, und das funktioniert auch dieser Tage.

Effiziente Planung heißt für mich aber auch, dass eben nicht für *alle denkbaren* Szenarien Personal und Sachmittel zur *ständigen* Verfügung vorgehalten und unbegrenzt eingesetzt werden können.

Es ist zunächst wichtig, dass wir unsere Strukturen und Abläufe so gestalten, dass im Einsatzfall die zuständigen Behörden und Organisationen in der Lage sein werden, *unmittelbar, gezielt* und *umfassend* über die vorhandenen Mittel verfügen zu können.

Das heißt aber auch, dass die Verantwortlichen in Bund und Ländern den *Mut* haben müssen zu sagen, wann sich Bedrohungslagen soweit relativiert haben, dass wir - ungeachtet weiterer ständiger Aufmerksamkeit – den Kräfteansatz zurückfahren können, um auf Dauer *überhaupt* reaktionsfähig bleiben zu können.

*Absolute* Sicherheit gibt es nicht, das weiß auch die Bevölkerung, die im übrigen auf die aktuelle Lage erfreulich gelassen reagiert.

Da ist es auch nicht hilfreich, wenn in den Medien die unterschiedlichsten Horrorszenarien dargestellt werden: für solche in hohem Maße spekulativen Meldungen gibt es aktuell keine seriösen Grundlagen.

In dem Bewusstsein, dass wir unsere Ressourcen eben nicht *unendlich* vorhalten oder zeitlich unbegrenzt im Einsatz halten können, sind die Behörden bei aktuellen Bedrohungslagen wie der derzeitigen insbesondere auch auf das *Verständnis* und die *Mithilfe* der Bevölkerung angewiesen.

Zeichen setzen, Flagge zeigen: ja, aber *Scheinsicherheit* dient niemanden und macht uns auf Dauer unglaubwürdig.

Es spricht durchaus für die Meinungsvielfalt in unserer Gesellschaft, dass in diesen Tagen von manchen der Vorwurf erhoben wird, der Ernstfall werde wieder einmal *herbeigeredet*, Einsätze *demonstrativ* und mit unverhältnismäßig großem Aufwand gefahren, um damit erst das Klima für die von einigen postulierten Forderungen nach *schärferen gesetzlichen Regelungen* oder *mehr Personal* zu schaffen.

Das alles ist wenig hilfreich.

Die Bevölkerung wünscht sich dieser Tage vor allem eine *sichtbare Präsenz des Staates*, *aufrichtige Kommunikation* und den *Schulterschluss der Demokraten*.

Die Innenminister und – senatoren in Bund und Ländern sind sich einig, dass es unabdingbar ist, *ehrlich* und in unaufgeregter Tonlage über den potenziellen Ernstfall zu sprechen und in jeder Hinsicht angemessen vorbereitet zu sein, falls das passiert, was keiner will.

Die *strategischen, taktischen* und *technischen* Anforderungen an einen qualifizierten Umgang mit solchen Bedrohungen sind hoch.

Unabhängig von der konkreten Lage wissen die Akteure im Bevölkerungsschutz: um die Verwundbarkeit unserer Gesellschaft zu reduzieren und das mögliche Schadensausmaß eindämmen zu können, müssen im Ernstfall alle uns zur Verfügung stehenden Mittel und Kräfte zum Einsatz kommen.

Wie das gehen kann, haben wir erst Anfang des Jahres in der bundesweiten **LÜKEX-Übung** erprobt.

Dabei ist wieder einmal eines deutlich geworden – eigentlich eine *Binsenweisheit* -: es geht nicht so sehr um die Übung von routiniert ablaufenden Handlungsmustern bei den Beteiligten *selber*, das können die alle bestens, da sind wir in Deutschland auch *sehr gut* aufgestellt.

Nein, es geht um vor allem das Erproben unserer *Reaktions- und Kommunikationsfähigkeit* untereinander und nach außen, denn eine *planvolle, maßvolle* und *abgestimmte* Kommunikation für die Bewältigung einer besonderen Lage hat eine *hohe*, dabei leider oft unterschätzte *einsatztaktische* Bedeutung.

*Einer* Illusion werden wir uns nicht mehr hinzugeben brauchen, nämlich dass wir in *Bedrohungslagen* – geschweige denn in einer *Schadenslage* - die Kommunikation exklusiv steuern können, quasi die „Lufthoheit“ darüber haben.

In Zeiten von *Foto-Handys, Twitter* und *Blogs* werden sich Bilder und Informationen rasend schnell über den Erdball verbreiten; diesen Wettlauf können wir nicht gewinnen.



Es ist immer eine Gratwanderung:  
wenn die verantwortlichen Stellen zu  
lange *schweigen* oder sich in  
kryptischen Andeutungen erschöpfen,  
wenden sich die besorgten Menschen  
*anderen* Quellen zu.

Gleichzeitig entsteht viel Platz für  
Spekulationen und Gerüchte, denn in  
Situationen, wie wir sie diesen Tagen  
erleben, wird *Schweigen* mit  
*Verschweigen* gleichgesetzt.

Daher ist - wie im aktuellen Fall  
geschehen - *aktives, schnelles,*  
*offenes* und *ehrliches* Kommunizieren  
das oberste Gebot: die Situation muss  
*klar* und *ungeschönt* dargelegt  
werden, denn jeder Versuch der  
Verharmlosung ist angesichts der  
vielschichtigen und für staatliche  
Stellen unkontrollierbaren  
Informationslage *sinnlos* und im  
Zweifelsfall *schädlich*.

Erlauben Sie mir auch in diesem Kontext noch einige Ausführungen zu *zwei Themen* der Inneren Sicherheit, die uns in den letzten Wochen besonders bewegt haben und gerade die eingesetzten Polizistinnen und Polizisten und deren Berufsverbände zu recht umtreiben:  
die **Luftsicherheit** - nicht zu trennen von der weltweit latenten terroristischen Bedrohungslage – und der jüngste **Castor-Einsatz**.

Das Thema „*Luftverkehrssicherheit*“ haben die Innenminister- und senatoren in der letzten Woche im Rahmen der **IMK** behandelt.

Ausgangslage war der Umstand, dass die vom Jemen aus versandten Pakete mit Sprengstoff nicht nur eine Lücke im Luftverkehr offenbart haben, sondern Anlass geben sollten, sämtliche Maßnahmen für den Luftverkehr erneut darauf zu überprüfen, was *möglich*, was *machbar* und was *praktikabel* und *sinnvoll* ist.

Dabei zeigen die neu erkannten Gefahren, dass die Fokussierung auf den *Fluggast* bei Sicherheitskontrollen an Flughäfen nicht ausreichend ist. Wir wissen jetzt, leider *erst* jetzt, dass Terroristen auch die *Luftfracht* nutzen wollen, wohl im Wissen um die ablaufbedingten Sicherheitslücken. Das *gesamte* Sicherheitskonzept für den Luftverkehr muss also auf den Prüfstand der internationalen Staatengemeinschaft, und die Sicherheitsstandards an Flughäfen müssen *weltweit* gelten.

Dazu müssen wir *politischen* und auch *wirtschaftlichen* Druck auf *Flughafenbetreiber* und *Fluggesellschaften* ausüben.

Für *Deutschland* gilt, dass wir uns einerseits im *europäischen* Verbund absprechen müssen, zum anderen Sofortmaßnahmen in *eigener* Zuständigkeit getroffen haben. Bei der Luftsicherheit ist das *Bundesministerium des Innern* die oberste zuständige Behörde der Bundesrepublik Deutschland.

Das BMI ist verantwortlich für die Organisation und Durchführung der Maßnahmen nach dem Luftsicherheitsgesetz und den betreffenden EU-Verordnungen. Insbesondere der *Bundespolizei* obliegt der Schutz vor Angriffen auf die Sicherheit des Luftverkehrs.

Künftig wird es erforderlich sein, nicht nur die *Passagiere*, deren *Handgepäck* und das *aufgegebene* Gepäck zu kontrollieren, sondern auch die *Luftfracht*.

Der Bundesinnenminister hat anlässlich der Sitzung des *Rates der EU-Innenminister* am 8. November in Brüssel seinen europäischen Amtskollegen einen *Fünf-Punkte-Katalog zur Verbesserung der Sicherheit im Luftfrachtverkehr* vorgestellt und gleichzeitig einen Verfahrensvorschlag unterbreitet, anhand dessen sich die beteiligten Ressorts auf europäischer Ebene gemeinsam um die Umsetzung der geplanten Maßnahmen kümmern sollen.

Der *Fünf-Punkte-Katalog* umfasst folgende Vorschläge:

1. Die Abstimmung von **Sofortmaßnahmen** auf europäischer Ebene, also zum Beispiel die Anordnung von Lande- und Überflugverboten für Flüge aus bestimmten Ländern;
2. die abgestimmte Bewertung der Sicherheit von Flughäfen in Drittstaaten, Stichwort: einheitliche "**Schwarze Liste**";

3. die Verstärkung von **Kontrollen** für Flughäfen, die als *nicht* sicher eingestuft sind;
4. die Entwicklung eines **Rasters** zum Herausfiltern verdächtiger Sendungen sowie die Einführung einheitlicher **Frachtlisten** der Transportunternehmen, die Auskunft über Absender, Empfänger und Inhalt der Fracht geben, und
5. die Überprüfung der **Zuständigkeiten** für die Bereiche *Sicherheit* und *Gefahrenabwehr*.

Bislang ist innerhalb der EU-Kommission die *Generaldirektion Verkehr* für die Luftsicherheit, die *Generaldirektion Inneres* für den Terrorismus zuständig, eine Trennung, die überprüft und gegebenenfalls aufgehoben werden sollte.

Im Ergebnis der Erörterung soll eine *gemeinsame Arbeitsgruppe* der EU-Innen- und Verkehrsressorts eingerichtet werden.

Diese Arbeitsgruppe soll die bisherigen Vorschläge und Maßnahmen zusammenfassen, zusammenfügen und bewerten und bis zur nächsten Sitzung des *EU-Rates Justiz und Inneres* am **2. Dezember** für die jeweiligen Bereiche gebündelte Maßnahmen vorstellen.

Darüber hinaus sind das *Bundesverkehrsministerium* und das ihm nachgeordnete *Luftfahrt-Bundesamt* für die *personellen, technischen* und *flugbetrieblichen* Sicherheitsstandards in der Luftfahrt zuständig.

Auch hier wurden bereits *Maßnahmen* getroffen, die ich hier nicht im Detail darstellen möchte, die aber *umgehend* greifen und nicht der Abstimmung mit unseren europäischen Partnern bedürfen.

Der jüngste **Castor-Einsatz** ist unter zwei Gesichtspunkten aus Sicht der Innenminister und -senatoren diskussionsbedürftig: *Aufwand* und *Fürsorge*.

Auch wenn die Kundgebungen weitgehend *friedlich* verliefen und *unfriedliche* Aktionen durch umfangreiche Maßnahmen größtenteils verhindert oder unterbunden werden konnten, war der polizeiliche *Aufwand* insgesamt *erheblich* und sprengte alle bis dahin bekannten Dimensionen.

Aber auch unter *fürsorglichen* Aspekten ist festzustellen, dass die zum Teil *überlangen* Einsatzzeiten der Einsatzkräfte bedenkliche Ausmaße erreicht haben.

Auch wenn es nach Auskunft der Kräfte vor Ort dazu einsatztaktisch *keine Alternative* gab, müssen - auch im Hinblick auf künftige Einsätze solcher *Größe* und *Länge* – Fragen gestellt werden.

Für die *Berliner Polizei* ist allerdings festzustellen, dass die von den Interessenvertretungen und manchen Medien erhobenen Vorwürfe zu mangelhafter *Unterbringung* und *Versorgung* so von den eingesetzt gewesenen Berliner Einheiten nicht bestätigt werden.

Die Unterbringung wird überwiegend als *zufriedenstellend* bezeichnet, die Verpflegung als *gut*.



In *Einzelfällen* wurden *kurzfristig* *zusätzlich angeforderte* Kräfte nicht optimal untergebracht wurden, aber von *Niedersachsen* dennoch alles getan, um auch in diesen Fällen eine verträgliche Situation herzustellen.

Auch in der Presse thematisierte, angebliche *Abstimmungsprobleme* zwischen den Einsatzleitungen können zumindest von den *Berliner* Kräften nicht bestätigt werden.

Die auch im Hinblick auf potentielle Langzeitbelastungen wichtige Frage nach der *Strahlenbelastung* für die Einsatzkräfte hat die Berliner Polizei auf der Basis der vorliegenden Strahlenmessungen bisher nicht nachvollziehen können.

Hier steht allerdings eine Auswertung der *personenbezogenen Dosimeter* noch aus; diese wird in diesen Tagen erwartet. Dann sehen wir weiter.

Einsatzlagen wie die, mit denen wir uns in diesen Wochen und Tagen konfrontiert sehen, sind Teil unserer Realität. Niemand wünscht sie sich, aber sie sind *da* und sie werden auch bewältigt.

Ich vertraue diesbezüglich auf die deutsche Polizei, die *ihrerseits* darauf vertrauen darf, dass die Politik zu ihr steht und stets die angemessenen Rahmenbedingungen schafft, so dass die Polizei ihren gesetzlichen Auftrag wie immer professionell erfüllen kann.

Insofern stimme ich dem Satz „*Sicherheit ist Mehrwert*“ zu, nämlich, dass *Sicherheit* ein unverzichtbarer *Mehrwert* in unserer freiheitlichen Gesellschaft ist, ein Wert, der uns, den dafür politisch Verantwortlichen, *mehr Wert* ist, als dies das Motto ihres Bundeskongresses impliziert.

Ich wünsche dem Bundeskongress weiterhin einen guten Verlauf.